

# Dresdner Nachrichten

großes Sonntagsblatt mit Sportteil

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden  
Vertrieb: Sammelnummer: 25-241  
Nur für Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 16. April 1928 bei täglich zweimaliger Auflage frei S. 1.-70

Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig

Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: die einfache 10 Pfennig ohne

Zeile zu 10 Pf., die auswärts 15 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuch ohne

Robot 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die von mir drei Reklamezeile 200 Pf.,

außerhalb 250 Pf., Übersetzungen 20 Pf., Ausm. Aufträge gegen Vorrauszahlung.

Rückdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. ist gültig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hauptgeschäftsstelle:  
Strasse 38 42  
Erich & Reichardt in Dresden  
Postamt 1088 Dresden

Druck

## Spaltung der Kommunisten bei den Wahlen.

Stellidheit der Außenminister bei Mussolini. — Die Donez-Ingenieure in Mostau.

### Ein Lenin-Bund der Linkskommunisten.

Berlin, 9. April. Die aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossenen linken Kommunisten gründeten auf einem während der Osterstage im Preußischen Landtag abgehaltenen Kongress den Lenin-Bund und beschlossen, bei den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen eigene Kandidaten anzustellen. Ferner wurde ein offenes Schreiben an die Exekutive der Kommunistischen Internationale beschlossen, in dem u. a. beantragt wird, den Lenin-Bund als sympathisierende Organisation in die Internationale aufzunehmen. In diesem Hause sei er bereit, auf lebensfähige Beteiligung bei den bevorstehenden Wahlen zu verzichten und die Kommunistische Partei Deutschlands zu unterstützen.

In den Ostertagen fand ferner in Berlin der 7. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands statt, der von Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht war. In einem Hauptreferat über die gegenwärtige weltwirtschaftliche und politische Lage und die Krise der alten Arbeiterbewegung wurde die grundsätzliche Auffassung von der Krise des Kapitals und der daraus entstehenden antiparlementarischen und antizwangsstaatlichen Haltung der Partei und der mit ihr verbundenen allgemeinen Arbeiterunion erneut begründet und damit ihre absteckende Stellung zu den Kampfmethoden der gewerkschaftlichen (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung bestätigt. In diesem Sinne waren aus die entsprechenden Resolutionen gehalten, die gegen die Stimmen einer schwachen Minderheit zur Annahme gelangten. Es waren Sympathie-Erläuterungen aus Holland, aus der Tschecho-Slowakei und den Vereinigten Staaten von Amerika eingetroffen.

### Der Wahlaufruf des Stahlhelms.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, erlässt in seinen amtlichen Bundesnachrichten folgende Wahlparole:

1. Jeder Stahlhelmtkamerad hat die Pflicht, zu wählen.  
2. Jeder Stahlhelmtkamerad hat die Pflicht, in erster Linie einem Stahlhelmtkameraden seine Stimme zu geben und für diesen Wahlbereich in jeder Weise zu kämpfen.

3. Ausführungsbestimmungen werden von den Führern der Landesverbände und selbständigen Gauen erlassen.

Der Verteilteil der neuen Ausgabe der Bundeszeitung des Stahlhelms bringt eine eingehendere Stellungnahme zu dieser Wahlparole. Danach sieht der Stahlhelm im heutigen Parlamentarismus und in der Parteidiktatur nach wie vor den Grundschaden unseres Verfassungsbetriebs. Aber der Stahlhelm will keine Politik im lustlosen Raum treiben. Heute besteht noch der Parlamentarismus, der in Weimar geschafft worden ist. Der Stahlhelm macht sich keine Illusionen über das, was von den Parlamenten zu erwarten ist, die am 20. Mai gewählt werden sollen. Aber er verschließt sich nicht gegen die Tatsache, daß eine Wahlteilnahme seitens derjenigen Wähler, die mit ihm grundsätzlich die jeweilige Parteidiktatur und den Parteiabsolutismus ablehnen, zunächst nur die eine Wirkung haben würde, daß die gegnerischen Kräfte zu ihrem unermüdlichen Macht gelangen würden. Aus diesen Erwägungen kommt der Stahlhelm zu dem Schluss, daß er die billige Parole „Wahl-Enthaltung“ nicht vertreten kann. Es liegt ihm daran, dazu zu helfen, daß die Machtstellung der Linken gebrochen wird, insbesondere, daß die Sozialdemokratie eine Niederlage erlebt.

Der Aufruf schließt: „Den Parteien geben wir keine Wahlhilfe. Wir geben unsere Wahlhilfe, und zwar in jeder möglichen Form, der Werbung und des Schutzes unserer Kameraden, die sich zur Wahl stellen. Im Wahlkampf soll es so sein, daß Freund und Feind einen Respekt erhalten vor der Stärke der Kameradschaft, welche den politischen Willen des Stahlhelms unterstützt. Und dieser Respekt soll sich später auswirken auch in den Parlamenten selbst, wo die Stahlhelmtkameradschaft nicht unter dem Fraktionssiegismus begraben sein wird, sondern ein neues Band der Gemeinschaft bildet.“

### Wahlaufruf der Deutschkonservativen.

Die Deutschkonservative Partei erlässt folgenden Aufruf:

„Deutsche Wähler! Wer eintritt für die auf geistiger Weise wiederheraufzukommende legitime Monarchie (der sogenannte Kaiserparagraph des Republikanschuldes) ist eine Schande für unser Volk!, für lebendiges Christentum in Haus und Schule, in Reich, Staat und Gemeinde, für deutsches Volkstum im freien Deutschen Reich, gegen das alles zerlegende Judentum und die von ihm abhängigen Parteien (besonders Demokraten und Sozialdemokraten), gegen das ganze heutige System, das uns in immer tiefere Not führt und den Parlamentarismus, für eine gelunde deutsche Landwirtschaft, für ein blühendes deutsches Handwerk, für eine ungekrüppelte deutsche Industrie, für den ethischen deutschen Handel, für eine starke, von Parteiinflüssen unabhängige Wehrmacht, die unser Vaterland ebenso wie früher, vor unsfern in Waffen stehenden und zur Abwehr nicht bereiten Feinden zu schlagen in der Vage ist, für die Rückgabe der uns geraubten Kolonien, für ein ehrliches und vorgebildetes Beamtenamt, für Reinlichkeit des öffentlichen Lebens, für wirkliche Bekämpfung von

Schmutz und Schund, für tatsächliche (nicht nur auf dem Papier stehende!) Meinungsfreiheit, der wähle konservativ, das heißt gebe seine Stimme am Wahlgang nur dem Volkisch-nationalen Block, auf dessen Wahlberücksichten auch Konservative stehen, die auch als Abgeordnete des Blocks für unsere konservativen Ideale zu wirken reiche Gelegenheit und volle Bewegungsfreiheit haben.“

Als konservative Staatsauffassung bei uns noch maßgeblich war, war unser Vaterland stark und mächtig und ging es uns gut. Seitdem aber konservative Grundsätze missachtet werden, geht es mit uns immer schneller bergab. Also???

### Neue Störung des Schulfriedens in Berlin.

Berlin, 9. April. Die Elternbeiräte und die Lehrerschaft der 22. evangelischen Schule und der unmittelbar benachbarten Schule in Neukölln wurden in den Herren von dem Stadtrat Löwenstein zu einer Besprechung eingeladen. Zu ihrer großen Überraschung teilte ihnen der Stadtrat Löwenstein mit, daß die 22. evangelische Schule aufgeteilt werden soll. Die Klassen sollen in drei anderen Schulen Unterkunft finden, damit im Gebäude der 22. Schule eine neue Sammelschule eingerichtet werden kann. Es

muß mit ganz besonderem Bedenken festgestellt werden, daß die Auflösung der 22. Schule — es würde die 51. evangelische Schule in Berlin sein — und die Einrichtung der neuen Schule ohne Wissen und ohne Genehmigung der Schulamtsbehörde erfolgt ist. Die Eltern haben sich sofort durch ein Telegramm und eine Eingabe an die Schulamtsbehörde gewandt. Es ist bezeichnend, daß jetzt, wo das Ministerium vom „kommenden Schulfrieden“ spricht, die Schulverwaltung in Neukölln sich neue unglaubliche Übergriffe zuschulden kommen läßt.

### Bombenattentat auf einen Tiroler Industriellen.

Wie aus Jenbach gemeldet wird, wurde dort auf den Präsident des Tiroler Industriellen-Verbandes, Reitlinger, ein Bombenanschlag verübt. Als Präsident Reitlinger aus seinem Hause in den Garten trat, wurde über die Gartenmauer ein eiserner Sprengkörper geschleudert, der unweit des Hauses angesetzt explodierte. Reitlinger blieb unverletzt. Der Sachschaden ist gering. Die sofort eingeleiteten Erhebungen führten zunächst zu zwei Verhaftungen, die aber nicht aufrechterhalten werden konnten. Neben die Täterschaft fehlt bisher jeder sichere Anhaltspunkt. Präsident Reitlinger ist aber der Überzeugung, daß die Täter keinesfalls in der Industriearbeiterchaft zu suchen sind.

## Widerspruchsvolle Friedenspolitik!

### Kellogg will den Friedensvertrag.

Paris, 9. April. Der „New York Herald“ meldet aus Washington, trotz der französisch-amerikanischen Entscheidung, die zwischen den beiden Staaten über den Kriegsvertrags- und Friedensvertrag zu schließen, erneut eine Friedensvereinbarung zwischen den beiden Staaten Deutschland, England, Japan und Italien zu unterstreiten, ergibt von Staatssekretär Kellogg die Mitteilung, die Vereinigten Staaten hätten den französischen Standpunkt, wie er in der letzten Note Briands an Washington zum Ausdruck kam, angenommen. Kellogg habe erklärt, daß er noch nicht versichern könne, ob die Vorbehalte, die Briand in seiner Note vor acht Tagen formulierte, einstlich als Anregungen gemeint seien oder ob sie den Standpunkt der französischen Regierung darstellen, von dem diese nicht abweichen werde.

Trotz der Ungewissheit der französischen Note habe das Staatsdepartement den Eindruck, die französische Regierung nehme nunmehr im Prinzip den Plan eines Mehrseitigen Friedensvertrages mit dem Vertrag auf Krieg als Instrument nationaler Politik an; allerdings verlange das Staatsdepartement noch Auflösung über verschiedene Punkte. Es glaubt aber nicht, daß diese Auflösung vor den Wahlen gegeben werde.

### Wilbur freibt zum Weltfrieden.

London, 9. April. Der amerikanische Marineminister Wilbur erklärte am Sonnabend in einer Rede in Omaha, daß die Flotte der Vereinigten Staaten zweitklassig sei und unfähig, den Handel und die Rüste des Landes ausreichend zu schützen. Erst die Annahme des Flottenbauprogramms

würde nach Ansicht Wilburs die Wandel schaffen. Amerika könne im Auslande die geplanten Schiffe für den halben Preis kaufen, aber es wünsche merkantile Schiffe, gebaut, bemannet und geleitet von Amerikanern. 80 Prozent der gesamten Kosten des Bauprogramms gingen an die amerikanischen Arbeiter. Amerika wünsche weiter jetzt noch später einen Krieg, sondern verlange von seiner Regierung im Gegenteil Frieden für alle Zeiten, wenn das aber unmöglich sei. Sicherheit im Kriege wie im Frieden. In einer anderen Rede trat Wilbur nachdrücklich für eine ausreichende nationale Verteidigung ein. Organisierte Propaganda sei am Werke, um die Annahme und Durchführung des Flottenbauprogramms zu verhindern.

### Faußschläge und Bomben im französischen Wahlkampf.

Paris, 9. April. In letzter Zeit nimmt der Wahlkampf in Frankreich immer schärfere Formen an. So wurde in einer Wahlversammlung in Bayonne bei Belfort der französische Arbeitsminister Tardieu von dem radikal-socialistischen Deputierten, Miellet, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wobei das Augenglas in Trümmer ging. Tardieu konnte seine Wahlrede jedoch beenden. Er übergab das Trümmer seines Augenglases dem Untersuchungsrichter als corpus delicti. In dem Departement Ariège ist der Wahlkampf von Attentaten begleitet. So wurde in Saint-Girons gegen das Haus des Vorsitzenden des Wahlkomitees, des Deputierten Lassout, eine Bombe geschnellt. Die Fenstere und die Spiegel des Empfangsraumes wurden zerrüttelt.

## Schwerer Sturm auf dem Atlantik.

### Riesendampfer beschädigt.

London, 9. April. Nach Funkspuren von ankommenden Dampfern herrscht auf dem Atlantischen Ozean schwerer Sturm. Die „Homeric“ und die „France“ werden wahrscheinlich ihren Zielhafen mit Verspätung erreichen. Der „Leviathan“ ist heute in New York schwer beschädigt in Dock gegangen. Donnerstag nacht hatte eine ungeheure Woge den 85 Fuß über der Wasserlinie am Vormast befindlichen Scheinwerfer zertrümmert. Vier Rettungsboote wurden zerstört und durch einen gebrochenen Ventilator drangen Wassermassen in einen Teil der Passagierräume 3. Klasse.

Das einströmende Wasser durchnässte etwa 20 Passagiere, die bereits in ihren Betten lagen, und verursachte eine vorübergehende Panik in der dritten Klasse. Die Sturzwelle verbog die Stäbe des Borddecks derartig, daß das Bugstück um 14 Zoll senkte. Der 8-Tonnen-Laderaum und die zoll dicke Stahlwand wurden stark beschädigt. Obwohl das Bugstück des Hauptantriebs der Wassermengen erlitte, wurden die Fenster des hinteren Promenadendecks zertrümmert. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

### Unwetterverheerungen in Amerika.

Die schweren Regengüsse der letzten Tage haben in Neu-England, Süd-Kanada, New York und im mittleren Westen erheblichen Schaden angerichtet. In Quebec stürzte eine Eisenbahnbrücke bei Newhaven ein. Nur mit größter Anstrengung konnten Dammbrüche vermieden werden. Der Zugverkehr ist an vielen Stellen unterbrochen. Mehrere Städte im Staate New York und in Michigan sind überflutet.

### Ein angelunkener Franzose erschießt zwei Deutsche.

Reinickendorf, 10. April. Wie die „Neunkirchner Zeitung“ meldet, erschoss in Reinickendorf am Sonnabendabend ein angetrunken französischer Polizeiamtler zwei junge Deutsche und verbarrikadierte sich darauf in seiner Wohnung, wo er von deutschen Landsleuten belagert wurde. Er gab darauf etwa 80 Schüsse auf die Straße ab, ohne jedoch jemand zu verletzen. Schließlich zündete er sein Bett an und erschoss sich selbst.

### Neue Erdlöcher in Smyrna.

2000 Gebäude zerstört.

London, 10. April. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, sind durch weitere Erdbeben in Smyrna etwa 2000 Gebäude in den Dörfern rund um Smyrna zerstört worden. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen. Verluste an Menschenleben werden bisher nicht gemeldet.

### Großfeuer in München.

Am Ostermontag früh gegen 8 Uhr brach in dem Wohn- und Restaurationsgebäude der Hader-Brauerei A.G. in der Bayerstraße in München ein Großfeuer aus, das großen Schaden anrichtete. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand, der drei Stunden lang mit 16 Schläuchen. Durch zwei Fenster des ersten Stockwerks wurden vier Frauen und ein Kind über einen Leiter gerettet.

### Amanullah wieder in Berlin.

König Amanullah traf von Paris kommend, in Berlin ein und begab sich zur aschanischen Gesandtschaft, wo er während seines Aufenthaltes Wohnung nehmen wird.